

Eingabe der Ständigen Kommission Umweltschutz der Stadtverordnetenversammlung Dresden an das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft betr. Verdacht der Verursachung einer Umweltschädigung

Die Deutsche Demokratische Republik hatte in ihrer Verfassung von 1968 den Umweltschutz fest verankert. Mit der Gründung des Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwirtschaft im Juni 1972 schuf sie eine Institution, welche die Maßnahmen des Umweltschutzes in die Tat umsetzen sollte. In der Realität fand im Gebiet der DDR eine massive Umweltverschmutzung durch staatliche Betriebe statt. Die Kommission Umweltschutz der Stadt Dresden prangerte mit einer Eingabe die Schadstoffbelastung durch das Chemiewerk Agrotex an.

Die Aufgabe die Natur und Umwelt zu schützen, lag nach der Verfassung der DDR in der Hand staatlicher Institutionen. Umweltschäden können dementsprechend nicht isoliert von der staatlichen Führung betrachtet werden. Wenn Probleme und Versäumnisse im Schutz der Umwelt überhaupt thematisiert wurden, dann wurden diese meist auf die geerbten Strukturen des zuvor herrschenden kapitalistischen Systems zurückgeführt.

Von offiziellen Stellen wurden Umweltschäden geleugnet, auch wenn es offenkundige Umweltschäden und -belastungen gab. Sowohl das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), als auch das vom MfS regelmäßig ins Bild gesetzte Zentralkomitee der SED bzw. die regionalen Parteileitungen waren sich der entstandenen und entstehenden Schäden bewusst. Das MfS sorgte auch dafür, dass die durch staatseigene Unternehmen entstandene Verschmutzung der Umwelt nicht an die Öffentlichkeit geriet. Gleichzeitig überwachte die Stasi Umweltschutzgruppen wie Greenpeace, aber auch Umwelt- und Friedensgruppen, die unter dem Dach der Kirche agierten.

Mit einer Eingabe an das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft prangerte die Kommission Umweltschutz der Stadt Dresden die Schadstoffbelastung durch das Chemiewerk Agrotex an. Vorausgegangen waren Beschwerden von Kleingärtnern. Sie beobachteten, dass ihr angebautes Gemüse durch Emissionen des Werkes, die bei der Produktion des Insektizid „Wofatox“ entstanden, geschädigt wurde. Hinzu kam eine Kontamination des Bodens. Die Bürger forderten eine sofortige Schließung des maroden Werkes.

Signatur: BArch, MfS, BV Dresden, Abt. XVIII, Nr. 12392, Bl. 38

Metadaten

Datum: 31.1.1989

Überlieferungsform: Dokument

Eingabe der Ständigen Kommission Umweltschutz der Stadtverordnetenversammlung Dresden an das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft betr. Verdacht der Verursachung einer Umweltschädigung

BStU 00003*

Abschrift

Stadtverordnetenversammlung Dresden
Ständige Kommission Umweltschutz,
Wasserwirtschaft, allgem. Landwirtschaft
Der Vorsitzende

Dresden, 31.1.89

An das
Ministerium für Umweltschutz
und Wasserwirtschaft
Hans-Beimler-Straße 70/72
Berlin
1 0 2 0

Betrifft: VEB Chemiewerk Agroteex, BT Dresden-Stetzsch,
8039 Dresden, Meißner Landstraße 1

Sehr geehrter Minister!

In unmittelbarer Nachbarschaft des VEB Chemiewerk Agroteex, BT Dresden-Stetzsch befindet sich die Kleingarten-Sparte "Am Froschteich". Das Bezirkshygieneinstitut Dresden hat in den vergangenen Jahren gärtnerische Produkte, Bodenproben und Niederschlagsstaub aus dem Bereich der Gartensparte entnommen und untersucht. Dabei wurde eine unzulässig hohe Belastung des Territoriums durch Pflanzenschutzmittel festgestellt. Seit den siebziger Jahren ist im Boden eine Altlast an DDT vorhanden, die 12,3 mg/kg Boden beträgt. Der Toleranzwert von 0,2 mg wird erst in einer Entfernung von 200 m vom Emittenten erreicht.

Die toxikologische Untersuchung von Gemüse zeigt, daß Wurzelgemüse unzulässig hohe Werte an DDT erreichen. Deshalb wurde durch die Kreishygieneinspektion der Anbau von Wurzelgemüse untersagt.

Gegenwärtig produziert der Chemiebetrieb Agroteex mit vollständig veralteten Produktionsmitteln unter Mißachtung der Emissionsgrenzwerte jährlich rd. 7 000 l hochkonzentriertes Wofatox-Spritzpulver. Der Wirkstoff Parathionmethyl und sein Abbauprodukt Paraoxonmethyl sind im Umkreis von 200 m nachgewiesen und beeinträchtigen den Anbau von Blattgemüse und Petersilie.

Die Staatliche Umweltinspektion wurde deshalb von uns mit Schreiben vom 24.8.88 aufgefordert, die Emissionsüberwachung des Betriebes zu verstärken mit dem Ziel, die Emission von Parathionmethyl vollständig zu unterbinden.

Am 29.12.1988 schreibt die Staatliche Umweltschutzinspektion der Kreishygieneinspektion, daß die Wofatox-Spritzpulver-Produktion erst per 31.12.1990 eingestellt werden soll, da die geforderte Absorptionsanlage wegen nicht vertretbarem technischen und ökonomischen Aufwands nicht realisiert werden kann. Für die gesamten Anwohner und Gartenbaubetriebe, insbesondere aber für die Kleingartensparte, ergeben sich für die nächsten 2 Jahre untragbare und unverantwortbare Verhältnisse. Die Ständige Kommission zeigt dafür kein Verständnis und fordert deshalb die sofortige Stilllegung dieses ohnehin abbruchreifen Betriebes. Dafür erbitten wir Ihre uneingeschränkte Unterstützung.

Mit sozialistischem Gruß
gez. Dr. Schindler